**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
**Band:** 78 (1984)
**Heft:** 2

**Rubrik:** Zeichen der Zeit

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 10.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Zeichen der Zeit

**Die Affäre Kiessling/Wörner/Kohl**

Der als «Sicherheitsrisiko» denunzierte General Kiessling ist rehabilitiert. Der Hauptschuldige, Verteidigungsminister Wörner, aber zieht nicht den Hut, wie in jeder parlamentarischen Demokratie üblich (und von seinem sozialdemokratischen Vorgänger Georg Leber mit politischem Anstand vorexerziert), sondern bleibt im Amt. Das ist wohl kaum die «moralische Erneuerung», die der «Wendekanzler» seinen Wählerinnen und Wählern versprochen hat.

Hätte der Kanzler seinen Verteidigungsminister entlassen, so wäre auch der durch die «Spendenaffäre» angeschlagene Wirtschaftsminister Lambsdorff nicht mehr zu halten und der Einzug des Franz Josef Strauss in die Bonner Regierung nicht mehr zu verhindern gewesen. Nicht die Moral, sondern die Angst vor dem Machtverlust, vor der Teilung der Macht mit einem Minister Strauss, diktiert das Verhalten der «christlich»-liberalen Koalition.

Die Opposition wird auf der Weiterführung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beharren und versuchen, aus dem «Fall Wörner» einen «Fall Kohl» zu machen. Das ist ihr gutes Recht, ja ihre Pflicht. Freilich sollte man von einer sozialistischen Opposition nicht nur erwarten, dass sie aus der ganzen Affäre ihr medienwirksames Kapital schlägt, vielmehr wären da einige Erscheinungen zu hinterfragen, die in der öffentlichen Diskussion allzu fraglos hingenommen wurden:

— General Kiessling, so liess Herr Wörner verlauten, sei nicht wegen seiner — vermeintlichen — Homosexualität zum «Sicherheitsrisiko» geworden, sondern weil er nicht auch zu seiner «Veranlagung» stehe. Nur: Hätte Herr Kiessling sich jemals der Homosexualität «bezichtigt», so wäre er ganz gewiss nie General geworden. Wer also homosexuell ist und es nicht zugibt, gilt als erpressbar. Wer dagegen homosexuell ist und es zugibt, muss auf seine Karriere verzichten. Im einen wie im andern Fall ist nicht die Homosexualität das Problem, sondern das, was die Gesellschaft daraus macht: die Diskriminierung gegenüber Menschen, die von der als normal unterstellten Norm abweichen.

— Viel war die Rede von der «verletzten Ehre des Generals» oder auch vom «Wort als General», das Herr Kiessling dem Verteidigungsminister gegeben habe, um sich vom «Verdacht der Homosexualität» zu befreien. Warum aber soll, mit Verlaub gefragt, eine «Generalsehre» oder ein «Generalswort» etwas Besonderes sein? Die Würde des Menschen, wie sie in Art. 1 des Bonner Grundgesetzes verbürgt ist, würde vollauf genügen, um jedem, ob General oder Soldat, Militär oder Militärverweigerer, Mann oder Frau, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das Wort eines Menschen, gegen den keine anderslautenden Beweise vorliegen, ist genausoviel wert, ob er nun im Generalsrang steht oder das Militär nur vom Hörensagen kennt. Unbemerkt, unbewusst und unangefochten hat sich in der Diskussion ein elitärer Ehrbegriff behauptet, der für eine demokratische Gesellschaft weit schlimmere Folgen haben könnte als der Skandal, wie mit dem — ver-

meintlichen — Skandal umgegangen wurde.

— Wer die «Ehre eines Generals» verletzt, der «beschädigt das Ansehen der Armee» (General a.D. Gerd Schmückle im «Spiegel» vom 23. Januar). Diese solidarisiert sich nicht nur mit dem zu Unrecht Beschuldigten, sie verlangt auch «Satisfaktion». Der Weg der Bundeswehr von den «Bürgern in Uniform» zum «Staat im Staate» zeichnet sich ab. Wörner ist heute selbst der Gefangene eines militaristischen Traditionalismus, den er wie kein anderer Verteidigungsminister vor ihm geduldet, ja gefördert und gehätschelt hat. Er war es, der schon als Abgeordneter den neonazistischen Exobersten Hans Ulrich Rudel mit «hohem Respekt» hofierte und dadurch zeigte, dass er die Armee um ihrer selbst willen, unabhängig von ihren politischen Voraussetzungen und Zielsetzungen, bejaht, ja verehrt. Der «Staat im Staate», der sich auf diese Weise etabliert, schlägt zurück (und bestätigt sich zugleich), wenn mit der «Ehre» seiner Generäle auch seine eigene «Ehre» angetastet wird. Ein homosexueller General wird in dieser Armee tatsächlich zum Sicherheitsrisiko, aber nicht weil er homosexuell, sondern weil er General ist.

**Reagan vor zweiter Amtszeit?**

Ein anderer, der von «neuer Moral» redet und dabei die Steigerung der militärischen Stärke seines Landes meint, ist Ronald Reagan. Im Klartext umschrieb er an seinem 73. Geburtstag (6. Februar), was wir unter der «neuen Ehrlichkeit und Moral» der heutigen US-Regierung zu verstehen haben: «Wir versuchen zu zeigen, dass es nicht mehr straflos möglich ist, amerikanische Bürger — und es spielt keine Rolle, ob es Marineflieger in der Grossen Syrthe sind oder Medizinstudenten auf Grenada — anzugreifen oder ihr Leben zu gefährden.» Diese «neue Moral» heisst also nichts weniger, als dass der Präsident der Vereinigten Staaten jederzeit bereit ist, unter dem Vorwand, amerikanische Staatsbürger zu schützen, das Völkerrecht zu verletzen. Zur «neuen Moral» gehört wohl auch die schon bald permanente Androhung von Gewalt gegenüber dem sandinistischen Nicaragua, neuerdings durch eine Manöver-Serie im benachbarten Honduras, die bis 1988 fortgesetzt werden soll... Was kümmert sich die «neue Moral» um das völkerrechtliche Verbot der Anwendung und Androhung von Gewalt in Art. 2 der UNO-Charta?

Amerikas Grösse liegt offenbar nicht mehr im Dienst der Völkergemeinschaft und im Beitrag zu einem friedlichen Zusammenleben der Staaten, sondern in der Fähigkeit, den Weltpolizisten zu spielen. Statt für eine Politik der kollektiven Friedenssicherung einzutreten, wie sie in der UNO-Charta verankert ist, betreibt die gegenwärtige US-Administration eine einseitige Interventionspolitik, die dem Völkerrecht und der Weltorganisation schweren Schaden zufügt. Im Namen der «neuen Moral» tritt an die Stelle des Rechts, das für alle gilt, das Recht des Stärkern, das die Staatenanarchie kennzeichnet. Reagans Rhetorik erinnert an Orwell: «Krieg bedeutet Frieden, Freiheit ist Sklaverei.»

Amerikas Grösse, wie Reagan sie versteht, stützt sich auf ein gigantisches Rüstungsprogramm, das allein im neuen Haushaltsjahr 257 Milliarden Dollar verschlingen wird. Der Wirtschaftsboom, der durch diese unproduktiven Militärausgaben zustandekommt, ist bestenfalls eine Scheinblüte des amerikanischen Kapitalismus. Er hat auch seine Kehrseite:

— Auf nahezu 200 Milliarden Dollar belief sich Ende 1983 das Haushaltsdefizit, das grösste in der Geschichte der USA.

— 9,1 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner haben immer noch keine Arbeit, das sind zwei Millionen mehr als bei Reagans Amtsantritt.

— 34 Millionen US-Bürger, 10 Millionen mehr als 1978, leben unter der Armutsgrenze.

Doch die neuste «State of the Union»-Botschaft des Präsidenten verliert kein Wort über die Armut in den USA; schliesslich ist «Amerika zu gross, sich mit kleinlichen Träumen abzugeben», wie es in derselben Botschaft heisst. «Zu gross» wohl auch, um die weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu sehen, geschweige denn zu lösen.

Nach wie vor lähmen der überbewertete Dollar und die hohen Zinssätze in den USA die Weltwirtschaft, wenn sie nicht überhaupt als Kampfmittel zur Schwächung der westlichen Partner eingesetzt werden. Wie heisst es doch in Art. 3 des Nordatlantikvertrages vom 4. April 1949: Die Vertragspartner «sind bestrebt, Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen oder allen Parteien zu fördern»? Die eigentlichen Opfer der amerikanischen Finanz- und Wirtschaftspolitik aber sind die Länder der Dritten Welt. Je höher der Dollar steigt, um so schwieriger wird es für sie, auch nur den Schuldendienst zu finanzieren.

Das alles kümmert den Präsidenten nicht sonderlich. «America is back», lautet der Slogan, mit dem er soeben in seiner «State of the Union»-Botschaft auf Wählerfang ging. Die Meinungsumfragen scheinen ihm Recht zu geben. «Unwissenheit ist Stärke», heisst es bei George Orwell. Ronald Reagan profitiert davon.

**Tagung der Kommissionen Brandt/Palme**

Die Zusammenhänge zwischen den ständig steigenden Rüstungsausgaben und der weltweiten Wirtschaftskrise waren hingegen das zentrale Thema der ersten gemeinsamen Sitzung der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt und der Internationalen Abrüstungskommission unter dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme.

Enttäuscht über das ausbleibende Echo auf die bisherigen Arbeitsergebnisse der beiden Kommissionen, meinte Palme: «Die Öffentlichkeit verlangt einen Aufrüstungsstopp. Statt dessen haben wir jetzt einen Stopp der Verhandlungen.» Und das sowjetische Mitglied der Abrüstungskommission, Georgij A. Arbatow, fügte hinzu: «Der Rüstungswettlauf ist heute zu einem für alle unerschwinglichen Luxus geworden. Denn nicht nur, dass er die ärmeren Länder ständig weiter aushungert, auch für die Industrieländer wird die Lage immer komplizierter.» Diese Position seines russischen Kollegen wäre vor fünf Jahren noch undenkbar gewesen, sagte Egon Bahr.

Bewegt sich also doch etwas? Von der Aufforderung an die Supermächte, eine «einjährige Pause bei der Atomwaffeninstallation zu erklären, um damit einen Weg zur Wiederaufnahme der Gespräche zu öffnen», wollte der konservative britische Ex-Premier Edward Heath nichts wissen. Unstreitig waren hingegen die Forderungen nach einem Rüstungsverbot im Weltraum, einem allgemeinen Bann atomarer Tests und dem Abbau der chemischen Waffen. Die Teilnehmer zeigten sich auch davon überzeugt, dass nur schon die Umleitung von 0,1 Prozent der jährlichen 700 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben in Entwicklungsvorhaben erhebliche Fortschritte in der Dritten Welt bewirken würden.

Warum spekulieren Neokonservative wie Ronald Reagan mit der Unwissenheit ihrer Wähler, um sich an der Macht zu halten? Warum nutzen sie ihre Macht nicht, um das Wissen über die Zusammenhänge zwischen Rüstungsausgaben und Verelendung in der Dritten Welt zu verbreiten und um die Forderungen der Wissenden durchzusetzen? Sie täten es in ihrem eigenen, auch «realpolitischen» Interesse. Denn, wie Italiens Ministerpräsident Craxi an der Tagung der beiden Kommissionen sagte: «Das Elend bewaffnet die Völker.»